

Wahlprüfsteine des Zukunftsrats Hamburg – Antworten der CDU Hamburg

Oekologie

1. Alle relevanten Studien kommen zu dem Ergebnis, dass mit den aktuell in Deutschland beschlossenen Maßnahmen die Ziele des Pariser Klima-Abkommens weit verfehlt werden. Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Umsetzung der Pariser Ziele – auf Bundes- und Hamburger Ebene - vor? Sollte Deutschland bei den CO₂-Preisen vorangehen, wenn sich kurzfristig keine Einigung auf europäischer Ebene erzielen lässt?
 - Das Pariser Klimaschutz-Abkommen ist ein wichtiger Meilenstein zur Begrenzung der Erderwärmung. Wir stehen zu diesem Abkommen, halten daran fest und setzen unsere Klimaziele um. Des Weiteren haben wir das Programm Klimaschutz 2020 erarbeitet, um die Treibhausgasemissionen im Jahr 2020 (im Vergleich zu 1990) um 40 Prozent zu reduzieren.
2. In welchem Zeitrahmen sollte Deutschland aus der Kohleverstromung ausscheiden? Was bedeutet das für das Kraftwerk Moorburg?
 - Den weltweiten Ausstieg aus der Nutzung von kohlestoffhaltigen Energieträgern zur Energiegewinnung bis zum Ende des Jahrhunderts haben wir 2015 auf dem G7-Gipfel in Elmau beschlossen. Zurzeit trägt Kohlestrom noch stark zur Versorgungssicherheit in Deutschland bei. Erst wenn wettbewerbsfähige Speichersysteme für erneuerbare Energien im ausreichenden Umfang vorhanden sind, kann auf fossile Brennstoffe verzichtet werden.
3. Ein Hauptgrund für die zunehmende Überschreitung der „Planetaren Grenzen“ ist die Missachtung des Verursacherprinzips, d. h., die fehlende Internalisierung externer Kosten, insbesondere bei fossilen Energien und in der Landwirtschaft. Welche Verbesserungen planen Sie in diesen Bereichen? In welchen Zeiträumen?
 - Mit dem Ziel, Treibhausgase einzusparen und externe Kosten zu internalisieren wurde 2005 das europäische Emissionshandelssystem eingeführt, in welches auch Deutschland eingebunden ist. Nun gilt es, das bereits bestehende System weiterzuentwickeln. Zur Reduktion der Treibhausgase wollen wir durch die Einführung der Marktstabilitätsreserve im Jahr 2019 weitere Anreize im Emissionshandel schaffen.



Soziales

4. Durch die „Industrialisierung 4.0“ wird von vielen Seiten ein massiver Abbau von Arbeitsplätzen vorausgesagt? Wie wollen Sie darauf reagieren? Welche Auswirkungen betreffen Hamburg?
 - Wir sehen in der Digitalisierung die Chance, viele Millionen Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen. In Bezug auf Industrie und Digitalisierung ist Deutschland derzeit weltführend in der Vernetzung von Mensch und Maschine. Diese Führungspositionen wollen wir in allen Bereichen erreichen. Auch neue Technologien und Produktionsverfahren bieten weitere Möglichkeiten des Wachstums – insbesondere auch im produzierenden und maritimen Sektor Hamburgs.
5. Die Spreizung der Einkommens- und Vermögensverteilung, der große Niedriglohnsektor in Deutschland, die teilweise sehr geringe Besteuerung der Gewinne internationaler Konzerne wird von vielen Leuten als ungerecht empfunden. Die ungleiche Entwicklung gilt für Hamburg in besonderem Maße. Welche Maßnahmen schlagen Sie zur Verringerung dieser Ungerechtigkeiten vor?
 - Einkommensunterschiede, genau wie die Differenzen der Vermögen von Arm und Reich, nehmen seit 2015 leicht ab. Des Weiteren sind zwischen 2007 und 2015 die Arbeitnehmerentgelte 20 Prozent stärker angestiegen als Gewinne und Vermögenseinkommen. Um diese Bemühungen weiter fortzusetzen, soll individuelle Besteuerung die pauschale Abgeltungssteuer ersetzen, wenn ein funktionierender Informationsaustausch der internationalen Finanzbehörden gewährleistet ist.

Oekonomie

6. Das vorrangige Ziel der Politik ist wirtschaftliches Wachstum, gemessen in BIP. Halten Sie BIP-Wachstum für unbegrenzt fortsetzbar oder sehen Sie Grenzen des Wachstums? Falls Sie Grenzen sehen, wie soll die Politik auf diese Grenzen reagieren? Vor dem Hintergrund, dass diverse Finanzierungssysteme bei Rentenversorgung, Gesundheitsleistungen oder öffentliche Investitionen auf dem Prinzip zukünftigen Wachstums aufbauen, braucht es Reformen dieser Finanzierungssysteme?
7. Das BIP misst über den Markt vermittelte Wirtschaftsleistung, aber nicht die Wohlfahrt der Menschen? Sollte das BIP durch andere Indikatoren ersetzt oder ergänzt werden? Falls ja, durch welche? Was halten Sie vom Hamburger Wohlfahrts-Index?
 - Für den deutschen Wohlstand ist ein stetiges und nachhaltiges Wachstum der Wirtschaft von hoher Bedeutung. Unser erfolgreiches Handeln seit 2005 hat die Situation der Rentenversicherung stark verbessert. Eine angemessene Rente ist für

uns auch zukünftig von hohem Stellenwert. Um die Rente zukunftsfähig zu gestalten, soll sie partei- und fraktionsübergreifend und unter Einbeziehung der Tarifpartner in einer Rentenkommission weiterentwickelt werden. Abhängig von den Ergebnissen der Kommission, werden wir notwendige Maßnahmen ergreifen.

8. Die Finanzkrise 2008 ist durch Spekulationen in der Finanzsphäre ausgelöst worden. Ist aus Ihrer Sicht genug unternommen worden, um für die Zukunft derartige Finanzkrisen zu verhindern und ein Überspringen von Crashes in der Finanzwirtschaft auf die Realwirtschaft zu unterbinden? Falls nein, was möchten Sie unternehmen?
 - Um das Vertrauen in die Finanzmärkte zu stärken, wurden viele notwendige Regulierungen in den letzten Jahren eingeführt. Auch zukünftig stehen wir für eine einfache, transparente und zielgenaue Regulierung der Finanzmärkte. Zu diesem Ziel setzen wir uns weiterhin für eine starke Aufsicht und hinreichende parlamentarische Kontrolle ein.

9. Deutschland hat einen ökologischen Fußabdruck, der – verallgemeinert – „drei Erden“ entspricht; Hamburg verbraucht sogar noch mehr. Die von der Politik propagierte Lösung für zukünftiges Wachstum bei Einhaltung der planetaren Grenzen ist die Erhöhung der Energie- und Ressourcen-Effizienz. Jede Effizienz-Erhöhung wird jedoch begleitet von Rebound-Effekten, die sie zumindest teilweise wieder aufheben. Sollte Politik die Suffizienz, d.h., die Verringerung der persönlichen Ansprüche an ressourcenintensive Waren und Dienstleistungen, ins Kalkül ziehen? Falls ja, wie könnte das angegangen werden?
 - Für uns ist die Bewahrung der Schöpfung seit jeher ein Kernanliegen. Im Bereich Ressourceneffizienz und grüner Technologie ist Deutschland derzeit weltführend und auch weiterhin setzen wir auf den modernste Technologien. Mit unserer Erfahrung und Technologie wollen wir andere Länder unterstützen. Des Weiteren halten wir Information, Transparenz, Anreiz und nicht Zwang für den richtigen Weg, Energieeffizienz voranzutreiben. Zu diesem Zweck hat die unionsgeführte Bundesregierung zwischen 2016 und 2020 ca. 17 Mrd Euro für Energieeinspar- und Energieeffizienzprogramme eingeplant.

Nachhaltigkeit

10. In Zukunft wird es zu immer größeren Zielkonflikten zwischen Wirtschaftswachstum auf der einen Seite und Einhaltung der planetaren Grenzen sowie den Nachhaltigkeitszielen der UN (SDG) – mit dem SDG-Leitmotiv „Leave no one behind“ - auf der anderen Seite kommen. Wie sollen diese Zielkonflikte aufgelöst werden?



- Für uns ist die Verbindung von Ökologie und Ökonomie von zentraler Bedeutung. Denn unsere Lebensqualität können wir nur durch qualitativ hochwertiges und nachhaltiges Wachstum dauerhaft sichern. (siehe auch Antwort Frage 9)
11. Teilen Sie die Forderung der UN-Agenda 2030 von 2015 und des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung WBGU, dass es einer grundlegenden „sozial-ökologischen Transformation“ von Wirtschaft und Gesellschaft bedarf, um die Welt zukunftsfähig zu machen?
- Siehe Antwort Frage 9 und 10
12. Es gibt Kritik an der repräsentativen Demokratie. Zum einen könnten die Parlamente mit unzureichender Kontrolle über ihre „eigenen“ Angelegenheiten (z. B. Diäten, Altersversorgung, Korruptions-vermeidung, Karenzzeiten) selbst entscheiden. Zum anderen würden die großen und langfristigen Zukunftsaufgaben einer nachhaltigen Entwicklung nicht adäquat behandelt. Teilen Sie diese Kritik? Falls ja, welche Verbesserungen schlagen Sie vor?
- Die CDU ist ein Verfechter der repräsentativen Demokratie. Seit Ende des Zweiten Weltkrieges hat sie uns in ihrer jetzigen Form große Vorteile gebracht. Dies gilt für wesentliche Gesetze als auch für Entscheidungen in Krisensituationen. Dabei wurden auch unpopuläre Entscheidungen getroffen, aber mittel- und langfristig wurden diese Entscheidungen allgemein als richtig befunden. Dazu gehören die Wiederbewaffnung mit dem Aufbau der Bundeswehr, der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO oder der NATO-Doppelbeschluss. Zu den Vorteilen der repräsentativen Demokratie gehören u.a. Kontinuität und Stabilität. Außerdem treten Abgeordnete für die Interessen ihrer Wähler ein und Verbinden diese in einem stimmigen und politisch sinnvollen Programm. Bei der Festlegung bspw. von Diäten und Karenzzeiten wurden in vielen Parlamenten neue transparente Regeln beschlossen. So orientiert sich die Höhe der Bundestagsdiäten bspw. an der Höhe der Richterbezüge.
13. Die Hamburger Zivilgesellschaft hat sich bereits mehrfach zur Umsetzung der o.g. SDGs zu Wort gemeldet – so z.B. der Zukunftsrat Hamburg 2016 mit dem Papier „Hamburg und die Nachhaltigkeitsziele der UN von 2015“ sowie der zivilgesellschaftliche „Ratschlag“, in dem die großen Nichtregierungsorganisationen 2017 Forderungen an den Senat formuliert haben. Sind diese konkreten Forderungen des Ratschlags der Hamburger NGOs in Ihr Programm übernommen worden?
- Die Forderungen sind uns bekannt. Bitte wenden Sie sich an die Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschland für weitere Informationen, inwieweit die Punkte eine Rolle im Programmprozess gespielt haben.